

Berliner Wassertisch

Rede zum Weltwassertag am 22.März 2015

am Brandenburger Tor in Berlin; Rednerin: Gerlinde Schermer

Auf Beschluss der UNO-Generalversammlung findet jedes Jahr am 22. März der Weltwassertag statt. |

In diesem Jahr unter dem Motto "Wasser und nachhaltige Entwicklung".

**Wasser ist LEBEN - Wasser ist keine Ware
Wir sind Teil der internationalen Wasserbewegung.**

Heute, am Weltwassertag zeigen wir Solidarität mit allen, die sich um die Umsetzung des Ziels für eine nachhaltige Wassernutzung, für die Durchsetzung des Menschenrechts auf Wasser und gegen die Kommerzialisierung von Wasser wenden.

Wir leisten damit unseren Beitrag Konflikte in Bezug auf Wasser zu beenden. Wir wollen sensibilisieren vor Ort sorgsamer mit Wasser und unserem Ökosystem umzugehen, so dass wir diese wertvolle Ressource für unsere Kinder und Enkel bewahren.

- Die Aktiven vom Berliner Wassertisch und tausende Berlinerinnen und Berliner haben Jahre dafür gearbeitet, dass das Berliner Wasser unter dem Slogan "**WIR BERLINER WOLLEN UNSER WASSER ZURÜCK**" wieder zu 100% in öffentliche Hände kommt, wieder unter **ÖFFENTLICHEM RECHT** steht, statt unter Privatrecht mit "Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen".
- **Wir haben erreicht, dass der Strom-Konzern RWE und der Wassermulti VEOLIA seit 2014 keine Macht mehr über das Berliner Wasser haben**
- Viele Berlinerinnen und Berliner wissen aber nicht, dass trotz dieses großen Erfolges **die von den Privaten hinterlassenen privatwirtschaftlichen Betriebs- und Vertragsstrukturen noch immer fortbestehen** und damit auch die negativen Folgen für Wasserkunden und Mitarbeiter. **Wir verlangen von der Berliner Politik die sofortige Auflösung dieses "Konsortialvertrages", eines Vertrages der niemals daraufhin überprüft wurde, ob er verfassungsgemäß ist.**

DIE BERLINER WASSERCHARTA - dient dem Sozialstaatsprinzip

Wir verteidigen mit der BERLINER WASSERCHARTA das Sozialstaatsprinzip, welches vom Verfassungsrecht des Bürgers auf öffentliche Daseinsvorsorge ausgeht, finanziert aus dem öffentlichen Haushalt und unter staatlicher Verantwortung

Öffentliche Kontrolle setzt Transparenz voraus. Heute wird uns die nötige öffentliche Kontrolle durch die Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Holding - Strukturen massiv erschwert.

Mit der Diskussion um die von uns erarbeitete "BERLINER WASSERCHARTA" eröffnen wir den Weg zur Bürgerbeteiligung.

Wir erheben beispielhaft unsere Stimme auch für die vielen anderen Kommunen in Deutschland und Europa, deren Trink- und Abwasserversorgung unter dem ökonomischen Diktat "Sparzwang" in **public-private-partnership Verträge (PPP)** gezwungen wurden. Wir machen sichtbar, dass die Regierungen sich mit derartigen Konstruktionen aus der Verantwortung und dem öffentlichen Recht heraus stellen wollen. Das nehmen wir nicht kampflos hin!

Mit vielen Menschen in der EU haben wir mit der ersten erfolgreichen **EU Bürgerinitiative "Wasser ein Menschenrecht"** dafür gesorgt, dass vorerst **WASSER von den Wettbewerbsregularien der EU - Kommission ausgenommen wird**. Doch der errungene Erfolg ist nicht auf Dauer gesichert. Überall auf der Welt gibt es die gleichen Probleme. Eine neue Entfesselung der Finanzmärkte bedroht uns - und unser Wasser. Deren Ziel ist: Aus Wasser soll Rendite fließen.

Das wollen wir nicht, deshalb wenden wir uns auch gemeinsam mit anderen Wasseraktivisten gegen die "Freihandelsverträge".

Trink - und Abwasserversorgung dürfen nicht unter Liberalisierungs- und Wettbewerbsdruck fallen, denn das ist ein räuberisches Prinzip, das die Staaten unter "REFORMDRUCK" setzt; ein Prinzip des Gegeneinanders, das kein Ende kennt.

"Mutige" Reformen sind dann Kürzungen bei Löhnen und sozialen Sicherungen, Verlängerung der Arbeitszeiten und vieles mehr. In Jahrzehnten erkämpfte - oder gewährte- Arbeitnehmerrechte verschwinden und kommen nie mehr wieder. Zum Wohle höherer Gewinnspannen, die die EU Kommission und die Weltbank "als Wettbewerbsfähigkeit" notieren um sofort Nachschlag zu verlangen.

Die irreführend und verharmlosend "Handelsverträge" genannten völkerechtlichen Abkommen TTIP/CETA/TISA dienen allein dem globalen "Anlegerschutz". Sie schützen, wie wir im Vorgriff bereits beim Berliner Wasser-PPP- Vertrag erfahren haben, die "Renditeerwartungen" der international agierenden Konzerne. Behindern Gesetze die ursprünglich erwarteten Gewinne können die Konzerne vor 3 Richtern der geheim tagenden "Schiedsgerichte" "indirekte Enteignung" beklagen und von Staaten oder Kommunen Entschädigungen fordern. Die Politiker vor Ort machen dann Gesetze, die den Bürgern vor Ort diese Lasten aufbürden. Mit Hilfe des „Investorenschutz“ soll der Markt künftig der Demokratie die Grenzen setzen.

Denn das ist das wahre Ziel der geheimen Schiedsgerichte: Regierungen werden eingeschränkt bei Regulierungen und Unternehmensbesteuerungen, z.B. bei Umwelt- und Verbraucherschutz.

Frau Merkel will die marktkonforme Demokratie. Sie sagt: Wir leben ja in einer Demokratie. Und das ist eine parlamentarische Demokratie. Und deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Und in sofern werden wir Wege finden, wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“
Heißt übersetzt: Die Demokratie stört den Markt. Also muss sie so „gestaltet“ werden, dass sie den Markt nicht mehr stört.
Das Renditeinteresse der jeweiligen Investoren hat dann, von TTIP und CETA garantiert, Vorrang.

Damit stehen diese Abkommen klar im Gegensatz zum Grundgesetz, denn die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes schützt keine "Erwartungen".

Dass die Bundeskanzlerin Merkel und ihr Wirtschaftsminister Gabriel derartige völkerrechtlichen Verträge befürworten ist eine Bedrohung, und die Gefahr ist real, dass die derzeitige "Große Koalition" im Bundestag dem mehrheitlich, trotz der Proteste in den eigenen Parteien, folgt.

Parlamentarier müssen aber NEIN zu TTIP;CETA; TISA sagen, denn sonst höhlen sie die Sozialpflichtigkeit des Eigentums aus und würden den öffentlichen Haushalten und den jeweiligen Nutzern (also uns) die Kosten für die Gewinnerwartungen der Konzerne aufbürden.
Mit einem JA würden sie den Staat zum Gegner der Bürger, zum puren Geldeintreiber machen und Politikwechsel würde unmöglich.

Das ist das genaue Gegenteil unseres heutigen Mottos:
".Wasser und nachhaltige Entwicklung"

AM WELTWASSRERTAG am 22.März 2015 sagen wir:

"Wir haben das Recht und die Pflicht zum Widerstand !"

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“(Art. 20 Abs.4 GG)

TTIP und CETA bedeuten:

- Das Budgetrecht der Parlamente wird durch das Zugriffsrecht der Investoren abgeschafft.
- Der Rechtsstaat wird durch eine Investoren - Justiz ersetzt.
- Der Sozialstaat wird durch den Vorrang des Marktes beendet.

Diese Regelungen beseitigen die bestehende verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. TTIP ;TISA und CETA wirken auf unsere Verfassungsordnung wie der Fuchs im Hühnerstall.

Mit Hilfe dieser Investitionsabkommen versuchen die Konzerne durch die Hintertür zu erreichen, was sie im offenen politischen Diskurs niemals erreichen könnten.

Abwehr und Widerstand sind Pflicht, wir wenden damit Schaden von Europa.

Wir haben jedes Recht, dieses Ansinnen zu bekämpfen und tun das mit der Diskussion um die BERLINER WASSERCHARTA.

- **Begrenzung in der Gesetzgebung schon im Vorgriff auf TTIP**

Schon im Vorgriff auf die Handelsverträge gerät die europäische Politik bei Regulierungen im Lebensmittelbereich unter Druck.
(Einschränkung bei der "Nulltoleranz" zu genveränderten Organismen (GVO) wie Mais, Soja, Raps und Zuckerrüben.)

Wenn TTIP Befürworter gebetsmühlenartig behaupten ; "bestehende" gesetzliche Standards würden durch TTIP nicht gesenkt, dann sagen sie damit gleichzeitig, dass **das heute erreichte Niveau zukünftig die Obergrenze** darstellt.

Während also Risiken, aber auch wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmen, bindet sich die Politik die regulierenden Hände und erklärt somit den Bankrott vor den Konzernen.

- **Macht der Gewerkschaften beschneiden im Vorgriff auf TTIP**

Damit auch ja keine andere Kraft "stört", wenn schon die gewählten Politiker als "Volksvertreter" ausfallen , bedrohen die Handelsverträge auch das Streikrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Nicht von ungefähr bedroht Ministerin Nahles mit dem sogenannten "Tarifeinheitsgesetz" die deutschen Gewerkschaften.

Wir sind solidarisch und unterstützen und verbreiten von hier aus den Aufruf aktiver Ver.di Gewerkschafter und des Ver.di Bundesvorstandes NEIN zum "Tarifeinheitsgesetz".

<https://www.verdi.de/themen/geld-tarif/tarifeinheit>

Wasser ein Menschenrecht heißt auch Gewässerschutz

Seit Juli 2010 wurde von den vereinten Nationen das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung als grundlegendes Menschenrecht anerkannt.
Auch Deutschland hat unterschrieben, doch die Umsetzung des Gewässerschutzes ist längst nicht so wie es sein sollte.

Nach einem Bericht der Europäischen Kommission von 2013 leiden **beinahe vier von zehn Seen in Europa unter übermäßigem Nährstoffeintrag**, besonders akut ist die Lage in den Niederlanden, einem Zentrum der Intensivtierhaltung, wo hundert Prozent des Süßwassers betroffen sind. **Nirgendwo in Europa, von Malta abgesehen, findet sich mehr Nitrat im Grundwasser als in Deutschland.**

Die Vorschriften für die Landwirte sind zu lasch, ihre Einhaltung wird nicht streng genug kontrolliert, die Sanktionen schrecken nicht ab. Das Umweltbundesamt mahnt, die Düngeverordnung müsse jetzt "ambitioniert" geändert werden. Doch die Bundesregierung tut kaum etwas um die Gewässer dauerhaft zu schützen. "Billig" durch intensive Agrarwirtschaft bedeutet im Gegenzug teure Zusatzkosten von 25 Milliarden € zur Sicherung von sauberem Trinkwasser. Diese Kosten tragen die Verbraucher über Steuern und Abwasserpreise.

Eine vierköpfige Familie in Europa zahlt rechnerisch knapp 1.500 € **pro Jahr wegen Überdüngung** - das ist fast das dreifache dessen, was die gleiche vierköpfige Familie angeblich durch TTIP gewinnen soll (545 €) auch daran erkennt man die TTIP- Lüge, sagt Thilo Bode in seinem Buch "TTIP die Freihandels- LÜGE"

Mit der Diskussion um die "**BERLINER WASSERCHARTA**" wollen diejenigen, die in der Wissenschaft und der Umweltbewegung die Aspekte von Wasser und Gesundheit bearbeiten, und jene die gesunde Ernährung wollen, zusammenbringen mit denen die seit Jahren im Interesse des Gemeinwohls gegen die Privatisierung der Wasserversorgung kämpfen.

Die Wassercharta soll die Grundlage aktiven politischen Handelns für unser Wasser werden - wir wollen die Diskussion in die Stadt und ins Berliner Umland tragen und die Umsetzung kontrollieren.

Das ist wahre Bürgerbeteiligung im Kernbereich der Daseinsvorsorge, wie es die Wasserver- und Entsorgung von je her darstellt, und die kann nur funktionieren wenn es Transparenz gibt. Daran mangelt es noch!

Wir kämpfen - für ein lohnendes Ziel - Wir wollen:

- Das Lebensmittel Nr. 1 Wasser schützen und bewahren.
- Die Berliner Wasserbetriebe vor der Liberalisierung und dem Wettbewerbsdruck bewahren und damit die Wasseranlagen und die Mitarbeiter im Wasserbetrieb zum Wohle des Gemeinwesens vor dem Kaputtsparen zur "Bedienung der Schuldenbremse" bewahren.
- Das Prinzip "Wasser bezahlt Wasser" .